



## **Stellungnahme der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung und Mission zum Entwurf eines Bundesgesetzes über einen bilateralen Kreditvertrag zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Österreichischen Nationalbank**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) spielt eine entscheidende Rolle in der globalisierten Wirtschaft und hat in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als Institution sowie als Geldgeber an Bedeutung gewonnen. Die Teilnehmer des G-20-Gipfels im Herbst 2011 in Cannes haben wegen der weltweit weiterhin labilen Wirtschaftsentwicklung eine zeitlich beschränkte Aufstockung der Mittel des IWF auf der Basis von bilateralen Beiträgen angeregt.

**Voraussetzung für die Zustimmung der EU zu den bilateralen Darlehen war, dass die strengen Regeln der IWF-Konditionalität nicht verletzt werden dürfen** und die Mittel bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen der gesamten IWF-Mitgliedschaft zur Verfügung stehen

Trotz seiner Bedeutung wurde der IWF in den letzten 30 Jahren häufig kritisiert. **Einseitige Politikempfehlungen und restriktive Konditionalitäten** führten oftmals eher zur Verschärfung von Krisen, denn zu einer Lösung. Dies betrifft insbesondere die Schwerpunktsetzung auf Begrenzung von Budgetdefizit und Inflation zu Lasten von Spielraum für Konjunkturmaßnahmen, Entwicklungs- und Sozialausgaben. Oftmals haben Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, wie sie der IWF fordert, unmittelbare Auswirkungen auf Frauen und die ärmsten Bevölkerungsteile, die vorrangig von steigenden Lebensmittelpreisen, Kürzungen im öffentlichen Sektor und sinkenden Sozialausgaben betroffen sind. Auch im Steuerbereich wird nicht ausreichend auf die Verteilungswirkung geachtet (z.B. im Propagieren von Mehrwertsteuern anstatt progressiver Einkommens- und Vermögenssteuern), in der Arbeitsmarktpolitik, Außenhandelsliberalisierung und Privatisierung.

**Der IWF zeigte zuletzt etwas mehr Flexibilität und übernahm zunächst eine Politik antizyklischer Maßnahmen, um die globale Krise 2009 zu bekämpfen, kehrte aber dann zu fiskalem Konservatismus zurück und reduzierte das Ausgabeniveau ab 2010.** Die wirtschaftlichen Empfehlungen für das von Rezession geplagte Europa sahen eine Beibehaltung des Sparkurses vor und trugen in Griechenland und Spanien zu einer Verschlechterung der Lage bei. Verstärkt wurden strukturelle Konditionalitäten eingesetzt, die wirtschaftliche und soziale Probleme verschärfen. Fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung führt zu politischen Krisen. Die Gefahr der gewohnten Austeritätspolitik sowie prozyklischer Maßnahmen in Europa darf nicht länger verkannt werden. Beide scheinen die Ziele, welche sich die Europäische Union für 2020 gesetzt hat - darunter soziale Inklusion sowie Förderung von Bildung, Arbeitsplätzen und Entwicklung – zu unterminieren. Der Fehler des exzessiven Einsatzes von Konditionalitäten wie im Zuge der Asienkrise soll nicht wiederholt werden<sup>1</sup>.

**Viele der IWF Programme trugen in der Vergangenheit nicht zur Reduzierung der Schuldenlast bei - insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommen (LICs).** Der Anteil der Schuldenrückzahlungen an den Staatseinkünften betroffener Länder wird in den nächsten Jahren rund um ein Drittel anwachsen. Die Mittelaufnahme stieg durch abgeschwächtes Wirtschaftswachstum und fallende Einkünfte seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es gilt hier vorsichtig bei der Ausweitung der Kredite vorzugehen.

**Miteinsatz und Konditionen sind daher genau zu beobachten.**

---

<sup>1</sup> vgl. Macroeconomic Policy Advice and the Article IV Consultations: A European Union Case Study, Mark Weisbort & Helene Jorgensen, January 2013; vgl. New Paper Finds that the IMF is Promoting Socially and Economically Harmful Policies Broadly Across Europe. Pro-Cyclical Policies Hamper Eurozone. January 28 2013

## **Empfehlung:**

**Eine Zustimmung des Parlamentes zum Entwurf des Bundesgesetzes über einen bilateralen Kreditvertrag zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Österreichischen Nationalbank ist zu unter der Voraussetzung zu begrüßen, dass Österreich sich für folgende notwendige Politikänderungen und Reformen des IWFs einsetzt, um eine effektive und gerechte Verwendung der Mittel und demokratische Kontrolle zu gewährleisten:**

- Politischer Handlungsspielraum statt restriktiver Konditionalitäten:  
Die Bereitstellung von Mitteln muss antizyklische Maßnahmen mit Bedacht auf Verteilungs- und Gerechtigkeit sowie die Steuerung von Kapitalflüssen ermöglichen.
- Mehr Transparenz und Rechenschaft ist notwendig. Wie der IWF bei seinen Kreditnehmern fordert, muss auch er selbst demokratischer Kontrolle unterliegen, Parlamente und die Zivilgesellschaft besser einbeziehen und informieren.
- Reduktion der strukturellen Konditionalitäten und Rückzug des IWF aus Bereichen, in denen er über keine ausreichende Expertise verfügt. Dazu gehört der Arbeitsmarkt. Der IWF listet in einem Factsheet 29 Programme auf, im Zuge welcher der Fonds Initiativen in diesem Feld setzte<sup>2</sup>. Man geht noch immer davon aus, dass deregulierende Reformen des Arbeitsmarktes wachstumsverstärkend wirken, eine Ansicht die von der ILO nicht geteilt wird.
- Berücksichtigung des Schuldenrisikos für Länder mit niedrigem Einkommen: Ein neues Rahmenwerk zur Verhinderung untragbarer Schulden und Indikatoren, die sich weniger auf Rückzahlungskapazitäten und mehr auf soziale Ziele konzentrieren sind notwendig<sup>3</sup>.

Die Österreichische Nationalbank hat zur Mitte beziehungsweise am Ende der jeweiligen Umsetzungsperiode einen **Bericht über die Tätigkeiten und Ergebnisse im Rahmen der IWF – Kooperation** zu erstellen und dem Nationalrat zu übermitteln.

Wien am, 01.03.2013



Heinz Hödl  
Geschäftsführer  
Koordinierungsstelle  
der Bischofskonferenz

---

<sup>2</sup> vgl. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/labor.htm>

<sup>3</sup> vgl. Progress on IMF Conditionality, Iolanda Fresnillo, Nov. 2012 [http://eurodad.org/wp-content/uploads/2012/11/Progress\\_IMF\\_conditionality.pdf](http://eurodad.org/wp-content/uploads/2012/11/Progress_IMF_conditionality.pdf)